Vor einer Spaltung der amerikanischen Parteien?

Autor(en): **L.R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336456

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

währen haben wird, denn sie ist längst nicht mehr bloß eine ideale Forderung, sondern das unausweichliche Ergebnis einer Entwicklung, die eine andere Alternative ernstlich gar nicht mehr zuläßt. Zu bewähren werden sich die Menschen haben, die Arbeiter, die Techniker, die Manager: sie werden zu beweisen haben, daß sie den komplizierten Aufgaben, die die moderne Wirtschaft stellt, gewachsen und imstande sind, ein System zu errichten und zu erhalten, in dem sich nach den Worten von Clement Attlee «individuelle Freiheit mit geplanter Wirtschaft, Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbinden».

Vor einer Spaltung der amerikanischen Parteien?

Denver (USA), im Januar 1950.

Vor mehr als 60 Jahren wies Lord Bryce in seinem Buch über die amerikanische Demokratie darauf hin, daß die zwei großen historischen Parteien — Republikaner und Demokraten — kaum noch voneinander zu unterscheiden seien. Das gemeinsame Bekenntnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung bot den Stimmberechtigten keine Möglichkeit, ihre Opposition gegen dieses System in den Wahlen auszudrücken. In den letzten zwei Jahrzehnten aber hat sich diese Situation geändert. Mit der Wahl Franklyn D. Roosevelts zum Präsidenten der USA begann eine neue Epoche in der Geschichte des amerikanischen Parteienwesens. Roosevelt gelang es, eine Koalition zwischen Demokraten und Arbeitern zu bilden, die sich bis heute als dauerhaft erwiesen hat. Dieses Bündnis war nur möglich, weil die Demokratische Partei, die einseitige Bevorzugung des Unternehmertums aufgab und die soziale und wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse tatsächlich kräftig unterstützte. Faktisch wurden dadurch die Demokraten eine «linke» Partei, obwohl sie keine sozialistischen Prinzipien verfochten. Die Republikaner, stur die Interessen des «big business» (des Großkapitals) verteidigend, bildeten die «rechte» Opposition, die seit nahezu 20 Jahren vergeblich wieder an die Macht zu kommen sucht.

Von Anfang an aber zeigte es sich, daß innerhalb der Demokratischen Partei starke Interessengegensätze bestanden, die früher oder später zum Ausbruch kommen mußten. Die reaktionären, südstaatlichen Abgeordneten konnten nicht auf die Dauer soziale Reformen unterstützen, die ihre eigenen Machtpositionen unterminierten. Roosevelt vermochte noch die Krise hinaus-

zuschieben. Als aber Harry Truman Präsident wurde, kam es zur längst fälligen Auseinandersetzung. Die südstaatlichen Demokraten rebellierten gegen Trumans Forderung einer Zivilrechtsgesetzgebung für die Neger und stellten einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1948. Obwohl das Manöver mißlang und Truman als Präsident gewählt wurde, hat die Opposition der reaktionären Demokraten gegen das fortschrittliche Regierungsprogramm nicht nachgelassen. Durch eine Koalition mit den Republikanern haben die Anti-Fair-Deal-Demokraten im 81. Kongreß jeden Versuch einer progressiven Gesetzgebung blockiert. Weder die Revision der Taft-Hartley-Bill noch die andern sozialen Forderungen des Trumanschen Wahlprogramms konnten gegen den Widerstand der reaktionären republikanisch-demokratischen Allianz durchgesetzt werden.

Der republikanische Senator Bricker von Ohio hat als einer der Ersten die Konsequenzen aus der erfolgreichen Zusammenarbeit gezogen. In einer kürzlich gehaltenen Rede schlug er vor, daß sich die Republikaner und die südstaatlichen Demokraten auch formell vereinigen und eine neue «rechte» Partei bilden sollen. Brickers Vorschlag fand geteilte Aufnahme. Von den liberalen Demokraten wird er begrüßt, da sie davon eine Stärkung der eigenen Partei und die Diskreditierung der Republikaner erhoffen. Aus dem gleichen Grunde opponieren die wenigen liberalen Republikaner diesem Vorschlag, weil sie ein noch stärkeres Abgleiten der Partei ins reaktionäre Fahrwasser befürchten. Am schweigsamsten waren bisher die südstaatlichen Abgeordneten. Obwohl die meisten von ihnen häufiger mit den Republikanern als mit der eigenen Partei stimmten, hat es doch bisher keiner gewagt, sich als Republikaner zu deklarieren. Die Partei des Sklavenbefreiers Lincoln ist immer noch verpönt im Süden der USA. Kein ernsthafter Politiker kann es hier wagen, sich mit einer Partei zu identifizieren, deren Namen allein schon emotionale Widerstände hervorruft.

Als guter Stratege hat natürlich Bricker diese Schwierigkeit auch schon vorausgesehen und einen neuen Namen für die neue Partei vorgeschlagen. Eine andere republikanische Größe, Walter S. Hallanan von West Virginia, geht noch weiter, indem er vorschlägt, daß General Eisenhower und James Byrnes die Führung der neuen Partei übernehmen sollen. Byrnes, ein enger Mitarbeiter Präsident Roosevelts und ehemaliger Außenminister Trumans, hat sich seit einiger Zeit den Kritikern des Fair Deal und des Wohlfahrtsstaates angeschlossen. Er trifft sich hier mit General Eisenhower, der in einer in Texas gehaltenen Rede erklärte: «Wenn die Amerikaner (wirtschaftliche) Sicherheit wollen, dann können sie ins Gefängnis gehen.» Viele Kommentatoren behaupten daher heute schon, daß das Zweigespann Eisenhower—

Byrnes die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1952 als republikanische Kandidaten bestreiten werde. Diese Prophezeiung ist mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Es ist fraglich, ob die psychologischen Widerstände gegen eine Parteienfusion schon in so kurzer Zeit überwunden werden können.

In diesem Zusammenhange ist auch die Frage aktuell, welche Chance eine dritte Partei hätte, die ein radikaleres oder sozialistisches Programm vertritt. Gegenwärtig sind diese Chancen nicht allzu günstig. Weder die Sozialisten noch die Kommunisten haben eine Massenbasis; beide sind keine ernsthafte Bedrohung der historischen Parteien. Die Progressive Partei Henry Wallaces — zur Zeit ihrer Gründung das natürliche Sammelbecken aller linken Elemente — ist durch das konsequente Zusammengehen mit den Kommunisten entscheidend diskreditiert worden. Die Gewerkschaften unterstützen weiterhin das kapitalistische System und versuchen, ihre Ziele durch die Wahl von arbeiterfreundlichen Abgeordneten durchzusetzen. Sowohl Phillip Murray von den CIO-Gewerkschaften als auch William Green von den AFoL-Gewerkschaften und John L. Lewis, der Präsident der United Mine Workers, haben wiederholt ihr Vertrauen bekundet, daß der amerikanische Kapitalismus fähig sei, die ökonomischen Probleme der Vereinigten Staaten zu lösen.

Naturgemäß wird durch diese konservative Einstellung der Gewerkschaftsführer die Bildung einer dritten Partei — die ihre Massenbasis in der organisierten Arbeiterschaft haben müßte, vorläufig verunmöglicht. Doch es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese Attitüde in naher Zukunft ändert. Sollte es Präsident Truman nicht gelingen, die Revision der Taft-Hartley-Bill durchzusetzen, dann werden die Demokraten einen großen Teil ihrer Popularität unter der Arbeiterschaft verlieren. Der Ausbruch einer neuen Depression würde zweifellos ebenfalls dazu beitragen, das Bündnis zwischen Regierungspartei und Gewerkschaften zu lockern.

Selbstverständlich gibt es auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Elemente, die die Formierung einer Arbeiterpartei anstreben. Ihr Wortführer ist *Walter Reuther,* der Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft, die 1 200 000 Mitglieder zählt. Reuther, dessen Vater ein deutscher Sozialdemokrat war, ist einer der wenigen überzeugten Sozialisten in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Nach seiner Rückkehr von der Londoner Konferenz der Gewerkschaften, die aus dem kommunistisch dominierten Weltgewerkschaftsbund austraten, hielt er in Neuyork eine bedeutungsvolle Ansprache. Vor einer Versammlung von 1000 Arbeiterführern und liberalen Demokraten erklärte Reuther wörtlich: «Wir müssen lernen, auf innenpolitischer Basis zusammenzuarbeiten, um endlich eine vereinigte Arbeiterpartei in Amerika

aufbauen zu können. Das große Problem unserer Zeit ist die Organisation einer Gesellschaft, in der die wirtschaftliche Sicherheit des Individuums gewährleistet ist, ohne daß die politische Freiheit beeinträchtigt wird.»

Reuther und seine Anhänger sind vorläufig nur eine Minderheit. Doch schon in der nächsten Zeit wird es sich entscheiden, ob seine Gedankengänge in der amerikanischen Arbeiterschaft Wurzeln fassen können. Zeigen sich die Demokraten weiterhin unfähig, die versprochenen Sozialreformen zu verwirklichen, dann ist der Moment gekommen, da eine Arbeiterpartei diese Aufgabe übernehmen muß. Ökonomische und politische Unsicherheit gefährden heute die amerikanische Demokratie. Es ist mehr als fraglich, ob die Anhänger des «big business» oder auch die Demokratische Partei in ihrer jetzigen Zusammensetzung diesen Gefahren wirksam begegnen können. Die logische Konsequenz dieser Einsicht wäre, daß nur eine freie, unabhängige Arbeiterpartei die fortschrittliche Entwicklung der Vereinigten Staaten gewährleisten könne. Auch in diesem Lande muß die Arbeiterklasse mündig werden, wenn sie die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft mitbestimmen will. *L. R.*

LEO RATTNER

Wird China ein russischer Satellitenstaat?

Zu einem Zeitpunkt, da die kommunistische Front in Europa durch den Abfall Titos entschieden geschwächt wurde, scheint sich in einem anderen Sektor eine wesentliche Verstärkung dieser Front abzuzeichnen. Mit dem endgültigen Sieg der kommunistischen Armeen Chinas ist die Grundlage gegeben, von der aus versucht werden kann, den volksreichsten Staat Asiens nach kommunistischen Prinzipien umzuformen.

Der Sieg in China hat aber Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung zu verschiedenen, einander widersprechenden Spekulationen Anlaß gab. Ist es beispielsweise gewiß, daß ein kommunistisch regiertes China unter die absolute Herrschaft des Kremls fällt? Wird Moskau versuchen, die chinesische Polizei, die Armee, das Politbüro und den Staatsapparat mit «Spezialisten» zu infiltrieren, wie es in Osteuropa der Fall war? Wird China den Bedürfnissen der strategischen und wirtschaftlichen Planung Sowjet-